

Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie (Hrsg.)

Walter Adolf Jöhr-Vorlesung 1989

an der Universität St. Gallen

Prof. Dr. Ota Šik

DER WEG 3a UND 3b. Neue Aussichten für eine Konvergenz der Systeme

St. Gallen, November 1989

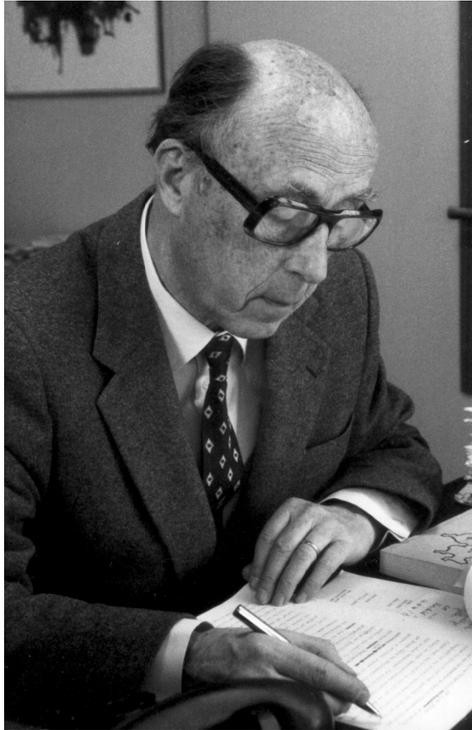
Herausgeberin: Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie
an der Universität St. Gallen
Dufourstrasse 48, CH-9000 St. Gallen
Tel. 224 23 00
Fax 224 26 46

Auflage: 1150

Copyright: Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie,
November 1989

Druck: H. Tschudi & Co. AG
Burggraben 24, 9004 St. Gallen

Walter Adolf Jöhr-Vorlesung an der Universität St. Gallen



Walter Adolf Jöhr

Die Walter Adolf Jöhr-Vorlesungen finden seit 1988 in jährlichem Abstand an der Universität St. Gallen statt. Ins Leben gerufen wurde diese Vortragsreihe zu Ehren von Professor Dr. Walter Adolf Jöhr (1910 - 1987), der von 1937 an fünfzig Jahre lang an der Universität St. Gallen wirkte. Als Rektor nahm Professor Jöhr in den Jahren 1957 bis 1963 entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung der Universität. Die Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie an der HSG wurde von Professor Jöhr gegründet und massgeblich geprägt. Dem Wissenschaftler Walter Adolf Jöhr haben wir verschiedene bahnbrechende Publikationen aus dem Bereich der Volkswirtschaftslehre zu verdanken.

Prof. Dr. Ota Šik

Der Weg 3a und 3b.

Neue Aussichten für eine Konvergenz der Systeme

Es ist mir eine grosse Freude, meine Abschiedsvorlesung im Rahmen der Vortragsreihe, die zum Gedenken an den grossen St. Galler Ökonomen Walter Adolf Jöhr stattfindet, halten zu dürfen. Ich konnte Adolf Jöhr zu meinen Freunden zählen, und immer wieder stellte ich mit Erstaunen fest, wie viele grundlegende Gedanken wir gemeinsam hatten, obwohl wir aus so unterschiedlichen Ideenwelten, Lebensbedingungen und ursprünglichen Zielverfolgungen hervorgegangen sind.

Diese Gemeinsamkeiten ergaben sich:

1. aus der gemeinsamen Überzeugung, dass die volkswirtschaftliche Wissenschaft keine wertfreie Wissenschaft ist und nicht sein kann, und dass in sie immer Werturteile des Wissenschaftlers selbst, betreffend seine Einstellung zur Wahrung menschlicher Bedürfnisse in dieser oder jener gesellschaftlichen Ordnung, eingehen werden;
2. aus der ebenso gemeinsamen Überzeugung, dass der ökonomische Wissenschaftler sich nicht damit begnügen kann, nur optimale Modelle materieller Bedürfnisbefriedigungen darzustellen, sondern dass er auch mangelhafte Wahrungen anderer Bedürfnisse und Interessen, sei es auch von Bevölkerungsminderheiten, aufzudecken hat und um ihre Überwindung bemüht sein soll.

W.A. Jöhr und ich waren uns einig, dass die „Wirtschaft ein vom menschlichen Geist frei geschaffenes Gebilde ist, dass die ethischen Grundsätze sich auch auf sie beziehen und dass somit der Mensch dafür verantwortlich ist, dass ihnen Genüge geschieht“¹.

Und diese Ethik lässt es nicht zu, dass der Ökonom sich mit dem Marktmechanismus allein zufrieden gibt - obwohl er den Menschen der Industrieländer einen hohen materiellen Wohlstand beschert hat - aber gleichzeitig das Phänomen der Massenarbeitslosigkeit geschaffen hat.

¹W.A. Jöhr, Die Ganzheit in Philosophie und Wissenschaft, Festschrift für Othmar Spann zum 70. Geburtstag, Hrsg. W. Heinrich, Wien 1950, S. 115.

„Der Konkurrenzmechanismus“ - sagt Jöhr - „brachte der zivilisierten Welt wohl eine beispiellose Zunahme des gesamten Wohlstandes, aber gleichzeitig liess er die *soziale* Frage entstehen und erzeugte das Übel der Massenarbeitslosigkeit“².

Wir brauchen daher auch eine normative ökonomische Theorie, die Wege zur Überwindung dieses und anderer negativer ökonomischer Phänomene sucht.

Natürlich bedeuten diese Gemeinsamkeiten mit Jöhr vor allem in dem grundlegenden Zutritt zu ökonomischen Problemen und ihrer Lösungssuche nicht, dass wir auch immer zu gemeinsamen Schlussfolgerungen aus unseren Analysen und zu gleichen Lösungsvorschlägen kamen. Aber wir haben teils voneinander gelernt, teils uns gegenseitig zu vertieften Argumentationen provoziert. Besonders in den letzten Lebensjahren von Walter Adolf Jöhr hat diese oder jene Problemhervorhebung des einen den jeweils anderen dazu veranlasst, seine Auffassungen entweder zu korrigieren oder seine eigenen Problemlösungen auf neue Weise zu bekräftigen.

So zum Beispiel hat sich W. A. Jöhr veranlasst gefühlt, aufgrund meiner Darstellung des Zusammenhanges zwischen der Massenarbeitslosigkeit und einer langen Abstiegsphase in der Kapitalproduktivitätsentwicklung der Industrieländer, in einer seiner letzten Arbeiten „Zur Arbeitslosigkeit der Gegenwart“³ seine gegensätzliche Auffassung weitergehend zu begründen.

Dies hat mich selbst wieder angespornt, die Auffassung langer wirtschaftlicher Aufstiegs- und Abstiegsphasen und ihres Einflusses auf die Arbeitslosigkeitentwicklung neu zu überprüfen und den Zusammenhang überzeugender zu erklären⁴.

²ebd., S. 106.

³W. A. Jöhr, Zur Arbeitslosigkeit der Gegenwart, Tübingen 1986.

⁴O. Šik, Wirtschaftssysteme, Vergleiche - Theorie - Kritik, Heidelberg 1987 und O. Šik/R. Höltschi/Chr. Rockstroh, Wachstum und Krisen, Heidelberg 1988.

Eine solche gegenseitige wissenschaftliche Anspornung und Bereicherung liegt auch meiner heutigen Ansicht über eine *Konvergenzentwicklung der beiden existierenden Systeme, in Richtung eines dritten Weges*, zugrunde.

W. A. Jöhr hat sich sehr stark für meine Vorstellung eines dritten Weges interessiert, und bei der seinerzeitigen Diskussion meines Buches „Humane Wirtschaftsdemokratie“⁵ durch das Professorenkollegium unserer Hochschule war er bestrebt, sich mit meinen Ideen ernstlich auseinanderzusetzen.

Er lehnte die Grundsäulen meines normativen, idealtypischen Modelles nicht ab, hatte aber Bedenken über die Auffassung der Entwicklungstendenzen des westlichen, marktwirtschaftlichen Systems. Vor allem war er weiterhin davon überzeugt, dass die Massenarbeitslosigkeit mit Hilfe von wirtschaftspolitischen Massnahmen, ohne Systemreformen, überwunden werden könnte. Allerdings sah er in der Massenarbeitslosigkeit ein *Übel* des marktwirtschaftlichen Systems; er setzte sich also nicht mit neoliberalen, realitätsfremden Theorien, wonach es in einer konsequenten Marktwirtschaft nur eine freiwillige Arbeitslosigkeit geben könnte, über dieses Problem hinweg.

In meinem Buch „Wirtschaftssysteme“, das Adolf Jöhr nicht mehr lesen konnte, habe ich gezeigt, dass in Bedingungen einer konstanten Zahl Erwerbsfähiger die Massenarbeitslosigkeit nur dann abnehmen könne, wenn die Kapitalintensität langsamer als die Produktion wachsen würde. Da aber z.B. seit Anfang 1967 in der Bundesrepublik Deutschland die Kapitalintensität bis in die Gegenwart viel schneller als die Produktion gewachsen ist und ich Zweifel habe, dass sich diese Entwicklung *wesentlich* umkehren könnte, nahm und nehme ich weiter an, dass die Massenarbeitslosigkeit nicht oder nur sehr langsam sinken wird.

Zum Unterschied von Adolf Jöhr bin ich also überzeugt, dass *nur* mit wirtschaftspolitischen Massnahmen, ohne objektiv geänderte Stellung der Arbeitnehmer im Wirtschaftssystem, die grossen Investitionsschwankun-

⁵O. Šik, Humane Wirtschaftsdemokratie, Hamburg 1979.

gen und die Massenarbeitslosigkeit nicht überwunden werden können. Ich sehe aber, dass in den marktwirtschaftlichen Ländern sich tendenziell eine schnell anwachsende Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer durchsetzt, welche völlig meiner theoretischen Vorstellung einer Überwindung der Kapitalentfremdung der Arbeitnehmer und der Schaffung ihres Interesses an der Entwicklung des Kapitals und der Gewinne entspricht. Diese Tendenz könnte in ihrer Weiterentwicklung zu Bedingungen führen, in welchen Massenarbeitslosigkeiten vorgebeugt werden könnte.

Kurz vor dem Ableben Adolf Jöhrs hatten wir, aufgrund meines Beitrages in der Festschrift zu seinem 70. Geburtstag⁶, eine persönliche Diskussion über neue Vorstellungen eines Dritten Weges. Wir sprachen über die erwähnte Entwicklungstendenz in den marktwirtschaftlichen Ländern, und ich äusserte meine Ansicht, dass diese Entwicklung meine Erwartungen eines Dritten Weges zu bestätigen scheine. Darauf präziserte Jöhr seine Einstellung zu meiner Theorie. Er benutzte dabei eine Formulierung in seiner typischen, humorvollen Art, die ich als Titel meines heutigen Vortrages hervorgehoben habe.

Der Haupttitel „*Der Weg 3a und 3b*“ entspringt eben dieser Diskussion zwischen Walter Adolf Jöhr und mir.

Jöhr sah in dem Dritten Weg einen gangbaren Weg für die Entwicklung einer Marktwirtschaft, bei welcher die Prinzipien einer *Wettbewerbs-Wirtschaft* erhalten blieben und dennoch *ethisch begründete, humane Ziele der Gesellschaft* erreicht werden könnten.

In vielen seiner Arbeiten hat er immer wieder nach Möglichkeiten der Erreichung solcher Ziele gesucht, die der unersetzliche Marktmechanismus allein nicht absichern kann. Mit einem Zitat⁷ möchte ich das noch belegen:

⁶O. Šik, Die Unersetzlichkeit des Marktmechanismus und die Grundbedingungen seiner positiven Wirkung auf der gegenwärtigen Entwicklungsstufe, in: „Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft“, Festschrift für Walter Adolf Jöhr, Tübingen 1980.

⁷W.A. Jöhr, Organische Wirtschaftsgestaltung, in: Festschrift für Othmar Spann, „Die Ganzheit in Philosophie und Wissenschaft“, Hrsg. W. Heinrich, Wien, 1950, S. 117.

„Aber auch der Versuch, die Wirtschaft völlig dem *freien spielenden Mechanismus der Konkurrenz* zu überlassen, bringt Ergebnisse hervor, die zu den anerkannten ethischen Grundsätzen in Widerspruch stehen. Die Arbeitsunfähigen, die beschränkt Arbeitsfähigen und die Arbeitslosen sind nicht in der Lage, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Das Bauerntum in Gegenden mit ungünstigeren Erzeugungsbedingungen wird von einer Dezimierung bedroht. Aber auch das Schicksal der voll Arbeitsfähigen kann, wie das Arbeiterelend im 19. Jahrhundert zeigt, unter dem Regime des wirtschaftlichen Liberalismus ausserordentlich hart sein. Der Versuch, den Mechanismus der Konkurrenz rein zu verwirklichen, stösst also insofern auf Schranken, als er Ergebnisse hervorruft, die nicht verantwortet werden können und infolgedessen durch staatliche Eingriffe korrigiert werden müssen.“

Ich bin bei meiner weiteren Befassung mit den Ideen eines Dritten Weges und vor allem aufgrund von Erfahrungssammlungen aus den Reformentwicklungen in den sozialistischen Ländern zu einer Schlussfolgerung gekommen, die mit Jöhrs Hervorhebung von *zwei unterschiedlichen Entwicklungswegen* in Richtung eines grundlegend einheitlichen Wirtschaftssystems konform liegt. Es ist also die Schlussfolgerung von zwei Wegen - 3a und 3b bei einer allmählichen, gegenseitigen *Annäherung der Systeme*, was gleichzeitig einer Aktualisierung, aber auch einer Korrektur der sogenannten *Konvergenztheorie* gleichkommt.

Anfang der 60er Jahre ist Jan Tinbergen mit seiner *Konvergenztheorie*⁸ hervorgetreten, die weltweite Aufmerksamkeit bekommen hat. Es sei mir erlaubt, in meiner Abschiedsvorlesung zu jener Problematik, mit der auch ich mich jahrzehntelang befasst habe, einige zusammenfassende Gedanken zu äussern.

Die Überzeugung Tinbergens, dass sich die beiden existierenden Systeme, das kapitalistische und sozialistische System, in gegenseitiger Annäherung aufeinander zu entwickeln, ist im Grunde nicht falsch, war

⁸Jan Tinbergen, Kommt es zu einer Annäherung zwischen den kommunistischen und den freiheitlichen Wirtschaftsordnungen? in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 8. Jahr, Tübingen 1963.

aber seinerzeit von Tinbergen auf einigen Simplifizierungen aufgebaut worden, die seine Prognose über einige Dekaden hin nicht Realität werden liessen. Diese Simplifizierungen möchte ich heute hervorheben, um aufgrund ihrer Überwindung eine Weiterentwicklung der Konvergenztheorie, die der Realität näher käme, zu ermöglichen.

Es handelte sich vor allem um folgende drei Simplifizierungen:

1. Um die ungenügende Differenzierung der beiden Entwicklungswege, die der Entstehung eines einheitlichen Grundsystems im Wege stehen.
2. Um die ungenügend kritische Einstellung zu öffentlichem, bzw. staatlichem Eigentum als einem anzustrebenden Konvergenzziel.
3. Um die Unterschätzung der Rolle von Politik und Interessen mächtiger sozialer Gruppen bei der Verhinderung von konvergenzmässigen Systemänderungen.

Nun eingehender zu diesen drei Problemkreisen:

1. Die ungenügende Differenzierung der beiden Entwicklungswege als erste Simplifizierung in der Konvergenztheorie

In Tinbergens Theorie sah es so aus, als ob in beiden Systemen jeweils solche Prozesse zunehmen würden, die für das andere System charakteristisch sind. Umgekehrt sollten bestimmte systemspezifische Prozesse eher abnehmen. Auf diese Weise würden schliesslich Systemzüge auf beiden Seiten entstehen, die zur Ausbildung eines einheitlichen Systems führen sollten. In dieser Vorstellung wird der Druck auf Systemveränderungen in beiden Systemen als mehr oder weniger gleich aufgefasst. In Wirklichkeit besteht jedoch ein grosser Unterschied zwischen dem Bedarf einer Änderung des Systems auf beiden Seiten. Der Systemänderungsbedarf wird immer grösser bei dem System sein, welches in seiner

quantitativen und qualitativen Entwicklung hinter dem anderen zurückbleibt.

Es ist nun das sozialistische Wirtschaftssystem, welches ganz allgemein hinter der Entwicklung des kapitalistischen Systems in den wichtigsten Entwicklungsergebnissen zurückbleibt.

Eine zeitlang, nach dem Zweiten Weltkrieg, hat man in den kommunistisch regierten Ländern mit grosser Propaganda das schnellere Wachstum der Produktion als in den kapitalistischen Ländern als Zeichen der Überlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems dargestellt. Ein absolut schnelleres Wachstum der Produktion sagt jedoch nichts aus über die Vorteile eines Wirtschaftssystems.

Ein schnelles absolutes Wachstum der Produktion, koste es was es wolle, kann überhaupt nicht ein allgemein gültiges, sondern nur ein *spezifisches*, in diesem oder jenem Land, zu einer bestimmten Zeit angestrebtes Wirtschaftsziel sein. Dagegen ist eines der *allgemein* wichtigsten Ziele der Wirtschaftsentwicklung die *höchsteffiziente* Entwicklung der Produktion. Diese kann, wie bekannt, durch das Verhältnis von Output zu Input ausgedrückt werden. Der Output, ob gemessen mit Hilfe des Brutto- oder Nettoproduktes, wird in ein Verhältnis zum Input, d.h. zur wertmässigen Summe von benötigtem Kapital und Arbeit, womöglich inklusive externer Kosten, gebracht.

Diese Produktionseffizienz ist die Voraussetzung zur Erreichung vieler weiterer Wirtschaftsziele, wie immer diese in bestimmten Ländern zu bestimmten Zeiten fixiert werden. Ob ein *schnelleres Wachstum der privaten Konsumtion, der militärischen Stärke, der Beschäftigung, der sozialen Sicherungen, der Bildungsentwicklung, einer Arbeitszeitverkürzung* usw. angestrebt wird, immer ist eine wachsende Effizienz die entscheidende Grundlage für die Erreichung dieser anderen, konkreteren Ziele.

Aber gerade was die *Produktionseffizienz* anbelangt, ist die *sozialistische Planwirtschaft von Anfang an der kapitalistischen Marktwirtschaft unterlegen*. Dabei vergrössert sich von Jahr zu Jahr das Zurückbleiben der

sozialistischen Produktionseffizienz, und für die sozialistische Planwirtschaft wird es so stets schwieriger, die Erzielung anderer, konkreter Ziele der Gesellschaft abzusichern. Aus diesem Zurückbleiben ergibt sich die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform des sozialistischen planwirtschaftlichen Systems, mit welcher die Ursachen des Zurückbleibens beseitigt werden sollen.

Entscheidende Ursachen der wenig effizienten Produktion sind der *fehlende Marktmechanismus* und die *nicht existierende private Unternehmerinitiative* im Sozialismus. Es zeigte sich, dass eine zentralisierte, dirigistische Planung den Marktmechanismus nicht ersetzen kann. Auch was die Neugründung von Betrieben, technischen Fortschritt, strukturelle Wandlungen, flexibles Ausfüllen von Marktlücken usw. anbelangt, haben bürokratische Verwaltungen nie die private Initiative gleichwertig zu ersetzen vermocht.

Aus diesen riesigen und wachsenden Nachteilen entsteht in den sozialistischen Ländern die Notwendigkeit einer Wiedereinführung des Marktmechanismus als auch einer privaten Unternehmertätigkeit in diesem oder jenem Ausmass. Dies ist also die eine Seite der Konvergenzentwicklung, die Jan Tinbergen zwar angedeutet, jedoch nicht in dieser Klarheit, d.h. als eine erforderliche *Rückkehr zum Marktmechanismus* in den sozialistischen Ländern, ausgedrückt hat.

Nun zur anderen Seite der Münze, zum kapitalistischen System:

Die Entwicklungen im kapitalistischen System stellen zwar auch Entwicklungen in Richtung eines Dritten Weges dar, nicht jedoch in Richtung des alten sozialistischen Systems. Obwohl sich also im kapitalistischen System auch Reformfordernisse ergeben, die ich noch erwähnen werde, sind diese nicht solcher Art, dass man hier Prozesse des sozialistischen dirigistischen Planungssystems einführen würde.

Damit kommen wir zu der zweiten Simplifizierung in Tinbergens Konvergenztheorie:

2. Die ungenügend kritische Einstellung zum öffentlichen, bzw. staatlichen Eigentum als zweite Simplifizierung in der Konvergenztheorie

Tinbergen hat in der Erweiterung des staatlichen Eigentumssektors als auch der staatlichen Investitionstätigkeit in den kapitalistischen Ländern die andere Seite der Konvergenzentwicklung gesehen. Diese Einstellung zu der Verstaatlichung der Wirtschaft, als einer Form der Überwindung von Mängeln privatkapitalistischer Wirtschaftsentwicklung, geht zurück auf eine der ureigensten Forderungen der marxistischen, sozialistischen Wirtschaftsvorstellungen.

Es waren nicht so sehr Marxens als vielmehr Engels und noch stärker Lenins Ansichten, die zur Ausbildung des tief eingewurzelten ideologischen Dogmas führten, dass eine Vergesellschaftung des Produktionsmitteleigentums in Form einer Verstaatlichung der Betriebe vor sich gehen sollte. Damit glaubte man die „Anarchie“ der marktwirtschaftlichen Produktionsentwicklung überwinden zu können. Das staatliche Eigentum wurde in den sozialistischen Ländern zu einem fast axiomatischen Dogma, das schon unter Lenin und besonders dann unter Stalin zu einer riesigen Bürokratisierung der gesamten Wirtschaftsverwaltung führte.

Auch in der kapitalistischen Wirtschaft kam es zu verschiedenen bedeutenden staatlichen Eigentumsentwicklungen. Allerdings waren solche staatlichen Entwicklungen zum Teil schon vor der Entstehung sozialistischer Ideologien vor sich gegangen, und zwar immer dann und dort, wo ein gesellschaftlicher Bedarf einer Produktion, bzw. Dienstleistung entstand, für welche sich - aus diesem oder jenem Anlass - kein privatkapitalistisches Interesse, bzw. nicht genügendes privates Kapital ergab (Eisenbahn, Post, Elektrizitätswerke usw.).

Jedoch überall, nicht nur in den sozialistischen, sondern auch in den kapitalistischen Ländern, führte diese staatliche Verwaltung zu Bürokratisierungen und damit zu ungemeinen Effizienzverlusten.

Eine bürokratische Wirtschaftsverwaltung ist vor allem eine Verwaltung durch Menschen, die kein direktes einkommensbedingtes Interesse an

der Effizienz der von ihnen verwalteten, bzw. dirigierten Wirtschaftsentwicklung haben. Menschen, die weder an persönlichem Einkommen gewinnen noch verlieren können, wenn die von ihnen dirigierte Wirtschaftstätigkeit Gewinne oder Verluste einbringt, werden den Folgen ihrer Wirtschaftsentscheidungen nicht genügend interessiert gegenüberstehen. Umgekehrt führen persönliche Einkommensgewinne oder -verluste wirtschaftslenkender Menschen, gebunden an Gewinne, bzw. Verluste der gelenkten marktwirtschaftlichen Betriebe, zu ausserordentlich effizienten Wirtschaftsentscheidungen.

Die Unterschiede in der Lenkungseffizienz zwischen bürokratischen auf der einen Seite und ökonomisch interessierten Lenkungsorganen auf der anderen Seite sind so gravierend, dass es eigentlich gar nicht überraschen kann, wenn nicht nur im Kapitalismus, sondern nun auch im Sozialismus ein Abgang von dem staatlichen Eigentum und der damit zusammenhängenden bürokratischen Lenkungsweise und eine marktwirtschaftliche Verselbständigung der Betriebe, verbunden mit einer ökonomisch interessierten und verantwortlichen Lenkungsart, zu verzeichnen ist.

Dieser allgemein zu verzeichnende Abgang von staatlichem Eigentum und staatlichen Investitionslenkungen in beiden Systemen ist also vor allem Ausdruck der Erkenntnis, dass eine hochverantwortliche Entscheidungsfällung Ausdruck einer direkten ökonomischen Interessiertheit jener Menschen sein muss, die über die Entwicklung der produktiven und investiven Tätigkeit zu entscheiden haben. Eine solche Erkenntnis war jedoch in der ganzen sozialistischen Theorieentwicklung im Grunde nicht vorhanden, bzw. war durch unrealistische Überschätzungen der sozialistischen Moral- und Bewusstseinsentwicklung verdrängt worden. In den letzten Jahrzehnten kam es jedoch in dieser Hinsicht zu allmählichen, grundlegenden Wandlungen.

Die Konvergenzerwartung Tinbergens, nach welcher sich die Systeme auch dadurch annähern würden, indem sich im kapitalistischen System der staatliche Sektor und eine staatliche Planungs- und Lenkungsstätigkeit ausbreiten würden, konnte also infolge der allmählichen Erkenntnisentwicklung hüben und drüben nicht Realität werden. Dies bedeutet jedoch

nicht, dass sich gerade in der Sphäre des Eigentums auch im Kapitalismus nicht bestimmte Änderungen durchsetzen würden, die zu einer andersartigen Annäherung beider Systeme führen.

Es handelt sich um den erwähnten Prozess der anwachsenden Kapital-, Gewinn- und Entscheidungsbeteiligung (allgemeine Partizipation) der Mitarbeiter von marktwirtschaftlichen Unternehmen, der gerade im letzten Jahrzehnt in fast allen westlichen Industrieländern ungemein schnell angewachsen ist. Eine amerikanische Analyse zeigt zum Beispiel, dass in den USA von 1974 bis 1985 die Zahl von Unternehmen mit Kapitalbeteiligung der Mitarbeiter von 1'600 auf 8'100 und die Zahl von Mitarbeitern, die Aktien ihrer Unternehmen besitzen von 250'000 auf 8 Mio. angewachsen ist.⁹ Und eine ähnliche, sich beschleunigende Entwicklung ist auch in fast allen anderen Industrieländern zu beobachten.

In den USA haben besondere wirtschaftspolitische Massnahmen zu dieser Entwicklung entscheidend beigetragen. Vor allem starke steuerliche Vergünstigungen zugunsten sogenannter Employee Stock Ownership Plans (ESOPs) förderten die Mitarbeiterbeteiligung am Firmenkapital. Aufgrund dessen wuchs auch das Eigenkapital der betreffenden Firmen schneller.

Diese Entwicklung ist Ausdruck einer *Erkenntnis der Bedeutung ökonomischer Interessen*, diesmal ausgedehnt auf alle Mitarbeiter, also der Erkenntnis, dass sich das Interesse von kapital- und gewinnbeteiligten sowie mitbestimmenden Mitarbeitern an der Effizienzentwicklung ihrer Unternehmen erheblich steigert. Somit wachsen auch die Gewinne und Einkommen der Firmen mit einer solchen Partizipation viel schneller als diejenigen von Firmen ohne Partizipation. Auch dies hat die angeführte amerikanische Analyse aufgezeigt.

Ohne Zweifel wurde diese Entwicklung auch von theoretischen Arbeiten angeregt, die schon gegen Ende der 60er Jahre auf die ökonomische Bedeutung der allgemeinen Kapitalbeteiligung hinwiesen. Bahnbrechend

⁹O.Rosen/M. Quarrey, How well is employee ownership working? Special Report, in: Harvard Business Review, 5/87.

war hier vor allem das Buch von L.O. Kelso und P. Hetter: „Jeder hat ein Recht auf Kapital“.¹⁰ In diesem Buch wird die realistische Möglichkeit eines kreditmässigen Aktienkaufes durch Familien mit niedrigem Einkommen und ohne Ersparnisse, mit Hilfe von steuerbegünstigten Aktienverkäufen über spezielle Treuhandstellen, bzw. Versicherungsinstitute, aufgezeigt. Die hier begründete und berechnete Möglichkeit der Realisierung eines zweiten Einkommensplanes, mit welchem in absehbarer Zeit in den USA alle Familien zu Besitzern eines beträchtlichen Aktienvermögens gemacht werden könnten, wirkt faszinierend.

Wo dann Mitarbeiter von grossen Unternehmungen einen solchen Aktienanteil ihrer Firma besitzen, der es ihnen möglich macht, über ihre Vertretung in den Verwaltungsräten sowohl die erforderliche Markteffizienz der Unternehmung als auch gleichzeitig ihre sozialen Interessen stärker zu verfolgen, bildet dies einen neuen Weg zur Überwindung des alten Gegensatzes zwischen Arbeit und Kapital in der Gesellschaft. Statt der Verallgemeinerung des Produktionsmitteleigentums durch Enteignung der Kapitalbesitzer und Verstaatlichung der Produktionsmittel, einem Weg, bei dem die Markteffizienz verloren ging und der Lebensstandard der Bevölkerung immer mehr hinter demjenigen der Marktwirtschaften zurückblieb, kann die Verwandlung aller Menschen in Miteigentümer von marktmässig eingesetzten Produktionsmitteln, ein Weg, bei welchem der Marktmechanismus erhalten bleibt und der Lebensstandard aller ein gesellschaftliches Optimum erreicht, die moderne Lösung des alten sozial-ökonomischen Problems darstellen.

Der Volkskapitalismus wird so zur realen Utopie!

Ich bin überzeugt, dass mit der neuen technologischen Entwicklung und einem vermehrten Übergang zur modernen Informationsgesellschaft die allgemeine Partizipation der Mitarbeiter sehr schnell zunehmen wird. In den neuen, mit der modernen Informatik verbundenen Dienstleistungsunternehmen wird sich eine neuartige Genossenschaftsentwicklung, bzw. die von mir prognostizierte Entwicklung von Mitarbeitergesellschaften in wachsendem Masse durchsetzen.

¹⁰L.O. Kelso/P. Hetter, How to turn eighty million workers into capitalists on borrowed money, New York 1967.

Die hohe Qualifikation und das Bildungsniveau der Mitarbeiter solcher Dienstleistungsbetriebe wird allmählich eine grössere Bedeutung erlangen als das sachliche Kapital, welches für die Unternehmenstätigkeit benötigt wird. Die hochqualifizierten Fachkräfte werden sich stets weniger mit der Stellung von einfachen Lohnabhängigen begnügen. Sie werden auch selbst zu Gründern solcher Dienstleistungsunternehmen in Form von Genossenschaften, wie sich dies zum Beispiel im amerikanischen Silicon-Valley schon in starkem Masse abzeichnet. Auch das Interesse und die Initiative von Mitarbeitern in industriellen, aber immer schneller technisch voranschreitenden Unternehmen wird für diese von wachsender Bedeutung sein und wird zu einer relativ schnellen Ausbreitung der Partizipation führen.

Wenn man nun bedenkt, dass in den sozialistischen Ländern eine Verwandlung von grossen Betrieben zu marktwirtschaftlich selbständigen Betrieben Hand in Hand mit einer allgemeinen Partizipation der Mitarbeiter dieser Betriebe vor sich geht, dann zeichnet sich hier eine Konvergenzentwicklung ganz neuer Art ab.

In Ungarn begann bereits eine Verwandlung von einigen staatlichen Betrieben in Aktiengesellschaften. Bei meiner Teilnahme an der ökonomischen Konferenz in Sopron/Ungarn vom 3. - 7. März 1989 zur Problematik der Wirtschaftspolitik sozialistischer Länder in der Übergangsperiode zu einer sozialistischen Marktwirtschaft habe ich in meinem Paper¹¹ einen Vorschlag ausgearbeitet, wie man in den neuentstehenden Aktiengesellschaften von Anfang an eine Beteiligung der Mitarbeiter absichern und damit Mitarbeitergesellschaften gründen könnte. Dieser Vorschlag hat grosses Interesse nicht nur bei den ungarischen Ökonomen, sondern auch bei solchen aus anderen sozialistischen Ländern hervorgerufen.

Gemäss meiner Vorstellung sollten die Mitarbeiter aus den Gewinnen der Unternehmen jährlich Anteile in Form von unveräusserlichen Namensaktien erhalten. Diese Gewinnanteile würden für Nettoinvestitionen der Unter-

¹¹O. Šik, Zur Eigentumsproblematik bei den Reformen in sozialistischen Ländern, Paper für die „International Scientific Conference“ des Ökonomischen Instituts der Akademie der Wissenschaften, Budapest, in Sopron/Ungarn, vom 3.-7.3.1989.

nehmen benützt. Daneben könnten die Unternehmen, mit dem Ziel, ihr Kapital schneller auszuweiten, normale Aktien emittieren und ausserhalb des Unternehmens verkaufen. Die Mitarbeiter würden auf ihre Namensaktien (zum besseren Verständnis will ich diese als Zertifikate bezeichnen) die gleichen Dividenden erhalten, wie die firmenfremden Aktionäre.

Die Besonderheiten solcher Zertifikate möchte ich in diesem Vortrag nicht weiter behandeln. Es soll nur ganz allgemein gesagt werden, dass ihre Vergabe, Laufzeit, persönliche Gebundenheit, ihr Zusammenhang mit Dividendenauszahlung, Stimmrechten usw. rechtlich so geregelt werden sollten, dass die Stellung der Mitarbeiter in den Unternehmen und ihr Verhältnis zur Unternehmenstätigkeit sich grundlegend ändern, bzw. Mitarbeitergesellschaften mit Gleichstellung von Arbeit und Kapital sich ergeben würden. Vor allem sollte auf diese Weise ein starkes Interesse der Mitarbeiter an der Effizienzentwicklung der Unternehmen entstehen - nicht aber an ihren kurzfristigen Gewinnmaximierungen, sondern an langfristig optimalen Gewinn- und Kapitalentwicklungen. In diesem Sinne würden z.B. Dividendenauszahlungen auch während des Ruhestandes der einstigen Mitarbeiter wirken, womit auch das schwellende Problem der Altersversorgung verbessert werden könnte.

Gleichzeitig sollten jedoch die Kapitalbeteiligungen und demokratischen Stimmrechtsregelungen zu einer stärkeren Wahrung der sozialen Interessen der Mitarbeiter führen, d.h. diese gegenüber der reinen Effizienzverfolgung aufwiegen. Erforderliche, progressive technische Fortschritte, Produktionsstrukturänderungen, Steigerungen der Kapitalintensität u.ä. können bei gleichzeitigen Entscheidungen über Massnahmen erfolgen, mit welchen der Entstehung von Arbeitslosigkeit vorgebeugt, bzw. unausweichliche Entlassungen mit rechtzeitigen Neueingliederungen verbunden würden. Auch alle Humanisierungen der Arbeit, die Schaffung autonomer Arbeitsgruppen, Jobenlargement, Jobrotation usw. würden durch eine entsprechende Eigentumsbeschaffung der Mitarbeiter zielbewusster entfaltet werden.

So könnten sich mit der Entwicklung von Mitarbeitergesellschaften und der Wirtschaftsdemokratisierung Bedingungen herausbilden, in welchen das Effektivitätsprinzip nicht nur erhalten, sondern noch verstärkt würde

und sich dennoch mit einer weitergehenden Humanisierung der Arbeitswelt verbinden könnte.

Sollte sich diese Entwicklung in den sozialistischen Ländern durchsetzen, wobei sich dort gleichzeitig wieder kleine und mittlere Privatunternehmen entwickeln würden, so wäre dies eine Entwicklung in Richtung einer demokratischen und humanen Wirtschaft. Bei gleichzeitiger, wenn auch höchstwahrscheinlich langsamerer Entwicklung der allgemeinen Partizipation in den kapitalistischen Marktwirtschaften würde dies die Annäherung der beiden Systeme ohne effizienzfeindliche Staatsbürokratisierungen bedeuten.

Eine solche Partizipationsentwicklung in der Betriebssphäre würde auch die von mir angestrebte Makroverteilungsplanung ermöglichen. Das Lohnwachstum würde nicht mehr von zukunftsblinden und rein machtbedingten Kämpfen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden abhängen, sondern könnte gezielt an die Produktivitätsentwicklung gebunden werden. Das gleichgewichtige Wachstum der volkswirtschaftlichen Konsum- und Investitionsquote könnte auf diese Weise besser abgesichert werden.

Die Problematik der Makroverteilungsplanung kann hier nicht weiter behandelt werden, und ich verweise auf mein Buch „Ein Wirtschaftssystem der Zukunft“.¹² Es soll lediglich betont werden, dass eine solche Planung eigentlich nur eine längerfristige Koordinierung der wirtschaftspolitischen Instrumente darstellen würde, der Fiskal-, Kredit-, Währungs- und Einkommenspolitik. Mit dieser Planung könnten die grossen gesellschaftlichen Ziele, wie Wachstumstempo der privaten Konsumtion, der öffentlichen Bedarfsdeckung, der Vollbeschäftigung, der Umweltverbesserung usw. sowohl demokratisch festgesetzt als auch konsequenter erreicht werden. Es ist meine Überzeugung, dass eine solche langfristige und planmässige Koordinierung der Wirtschaftspolitik sich auch in den kapitalistischen Marktwirtschaften früher oder später durchsetzen wird.

¹²O. Šik, Ein Wirtschaftssystem der Zukunft, Heidelberg 1985.

Es handelt sich also zusammenfassend um die Entwicklung bestimmter Systemzüge, unterschiedlichen Charakters in beiden Systemen, die Reformen darstellen und gleichzeitig eine Annäherung der Systeme hervorbringen würden. Die Reformen des sozialistischen Systems sind jedoch grundlegender und weitergehend als die Reformen des kapitalistischen Systems. Sie werden ausserdem erzwungen durch die immer ersichtlicheren Effizienzvorteile eines marktwirtschaftlichen Systems. Im sozialistischen Bereich geht es daher um:

- die Wiedereinführung des Marktmechanismus,
- die Förderung der privaten Unternehmertätigkeit (in gewissem Ausmass),
- die Beseitigung des dirigistischen Planungssystems und seine Ersetzung durch makroökonomische Rahmenpläne,
- die Einführung eines neuen Systems von Aktieneigentum und Mitarbeitergesellschaften.

So weitgehende Wandlungen können nicht ohne eine Demokratisierung des politischen Systems und der Entstehung von Regierungen, die diesen Reformprozess zielbewusst lenken werden, vor sich gehen.

Im kapitalistischen System gibt es keinen Druck auf solche Reformen, welche aus den Vorteilen des anderen Systems erwachsen würden. Die Reformen in der kapitalistischen Wirtschaft ergeben sich vor allem aus der Erkenntnis von Effizienzgewinnen, die man durch eine allgemeine Partizipation in der Betriebssphäre erreichen kann. Auch zu einer langfristig planmässigen Koordination der Wirtschaftspolitik wird es nur dann kommen, wenn sie ersichtliche Effizienzvorteile bringt. Allerdings wird auch der wachsende Druck auf eine humane Lösung der Arbeitslosigkeits- wie auch der Umweltproblematik sowohl die Partizipations- als auch die Makroplanungsentwicklung beschleunigen.

Die Einführung einer allgemeinen Partizipation im kapitalistischen System wird jedoch eher langsam vor sich gehen, so dass der soziale Unterschied zwischen Kapital- und Arbeitsinteressen noch lange erhalten bleibt. Dennoch kann man auch in diesem System von Wandlungen in

Richtung einer Wirtschaftsdemokratie sprechen, welche durch die neue technologische Entwicklung beschleunigt werden.

3. Die Unterschätzung des Zusammenhanges zwischen politischer und wirtschaftlicher Entwicklung als dritte Simplifizierung in der Konvergenztheorie

Leider ist auch die Wirtschaft der Völker unzertrennlich mit der Politik verbunden, und die wirtschaftliche Entwicklung hängt entscheidend davon ab, ob konservative oder progressive Kräfte an der Macht sind. Eben diesen Zusammenhang hat Jan Tinbergen einst am meisten unterschätzt.

Es ist aber - neben anderem - eine Aufgabe der ökonomischen Wissenschaft, bestimmte Zusammenhänge in Volkswirtschaften aufzudecken, die von ökonomisch ungeschulten und nicht wissenschaftlich tätigen Menschen, also breiten Bevölkerungsschichten, nicht erkannt werden können. Allzuoft führen aber ökonomische Erkenntnisse von Ursachen negativer Prozesse - d.h. von Prozessen, die den Interessen breitester Bevölkerungsschichten widersprechen - zu Reformforderungen, die in Gegensatz zu Interessen oft nur kleiner, aber politisch mächtiger sozialer Gruppen kommen. Solange dann diese Gruppen die politische Macht besitzen und die Ökonomen keine Möglichkeiten haben, die grosse Bevölkerungsmehrheit von der Nützlichkeit bestimmter Reformprozesse zu überzeugen, werden Reformen - auch wenn sie Bevölkerungsmehrheiten Besserungen bringen könnten - ungemein erschwert.

Auch in Bedingungen einer politischen Demokratie ist es nicht immer leicht, breiten Bevölkerungsschichten komplizierte ökonomische Zusammenhänge, bzw. bestimmte Reformforderungen näherzubringen. In politischen Diktaturen, in welchen die sich an der Macht befindlichen Gruppen ökonomisch stark privilegiert und daher an der unveränderten Beibehaltung des existierenden Systems interessiert sind, kann die Aufklärung der Bevölkerung über den langfristigen Nutzen einer Reform von der herrschenden Gruppe fast völlig verhindert werden.

Dies ist eine der entscheidenden Ursachen, warum auch die von Tinbergen richtig erkannten Konvergenzansätze in den sozialistischen Ländern, nämlich Ansätze zu marktmässigen Wandlungen in der Produktion, sich dennoch nicht mit der Konsequenz durchsetzen konnten, die erst wirkliche Wirtschaftsverbesserungen gebracht hätte. Wenn der Marktmechanismus Effizienzsteigerungen bringen soll, verlangt dies so breite und komplexe Systemänderungen, dass sie auch die Grundlagen der Macht und Privilegien der herrschenden sozialen Gruppe untergraben. Und diese haben eben bisher immer alle solche komplexe Reformen zu verhindern gewusst.

Wo dann jedoch nur teilweise Marktansätze eingeführt werden, also z.B. ein Gewinninteresse der Betriebskollektive, eine Vergrösserung ihrer selbständigen Produktionsentscheidungen u.ä., aber die Preise weiterhin zentral fixiert bleiben, kein Marktwettbewerb existiert, die Produktion monopolistisch organisiert ist, der Verkäufermarkt sich erhält, die Regierungen Verlustbetriebe stets von neuem subventionieren, protektionistische Wirtschaftspolitik betreiben usw., dort werden die Marktansätze mehr Verluste als Gewinne für die Gesellschaft eintragen.

In allen Ländern, in welchen bestimmte Reformschritte gemacht wurden, in Jugoslawien, China, jetzt in der UdSSR, in der CSSR usw., aber die Änderungen nicht in allen wesentlichen Zusammenhängen durchgedacht, bzw. in ihrer erorderlichen Komplexität politisch verhindert wurden, überall dort haben sich die Verluste vergrössert. Die Reformschritte sind bei der Bevölkerung unpopulär geworden und sind in Misskredit geraten. Alle diese Teilreformen haben den konservativen politischen Kräften mehr als den progressiven genützt. Und schliesslich waren es bisher immer die alten dogmatischen und bürokratischen Kräfte, die die Reformen im Sozialismus zu verhindern wussten.

Diesen Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft sowie die Schädlichkeit lediglich halber, inkonsequenter Reformschritte in Richtung Marktmechanismus hat Tinbergen einst nicht aufgedeckt. Und gerade darin ist die entscheidende Ursache - neben den voran erwähnten - zu erblicken, warum die Konvergenztheorie nicht Realität werden konnte.

Heute besteht zwar eine Chance für die sozialistische Reformentwicklung, da die politisch entscheidend beteiligten Ökonomen in der UdSSR sich der Bedeutung komplexer und konsequenter Marktreformentwicklungen bewusst sind. Allerdings ist auch dort noch immer nicht definitiv entschieden, ob sich die Reformer mit aller erforderlichen Konsequenz werden durchsetzen können. Solange das politische System nicht wirklich pluralistisch demokratisiert ist, so lange haben die alten dogmatischen und konservativen politischen Kräfte noch immer restaurative Chancen. Das brutale Vorgehen der chinesischen kommunistischen Machthaber, innerhalb welcher sich wieder einmal die konservativen, dogmatischen Kräfte entscheidend durchgesetzt haben gegen die intellektuellen Befürworter einer konsequenteren ökonomischen und politischen Reform, ist nur eine traurige, aktuelle Manifestation der Abhängigkeit progressiver ökonomischer Reformen von politischen Liberalisierungen und wirklichen Demokratisierungen. Solange in China das alte politische System, die sogenannte Diktatur des Proletariats, die aber eine Diktatur der Parteibürokratie gegen das Volk ist, erhalten bleibt, wird der Versuch einer ökonomischen Reform nicht erfolgreich sein.

Heute mehr denn je haben daher die Ökonomen der ganzen Welt die grosse Verantwortung, mit ihren Arbeiten und Publikationen jene Wege und Massnahmen aufzuzeigen, die wirkliche Fortschritte in der Reform- und Konvergenzentwicklung bringen würden. Sie sollten entschlossener als bisher beginnen, über die bestehenden Systeme hinauszudenken und mithelfen, Änderungen herbeizuführen, die die Völker der Welt einander näher bringen und ihr friedliches Zusammenleben stärken könnten.

Es war mein Bestreben, während meiner lebenslangen ökonomischen Lehr- und Forschungstätigkeit, sowohl in meiner einstigen Heimat als auch hier in der Schweiz, wo ich eine neue Heimat gefunden habe, mich in meiner Theorieentwicklung an Werte zu halten, nach welchen die ökonomische Theorie vor allem der Überwindung von systemimmanenten sozial-ökonomischen Krankheiten zu dienen hat. Lassen Sie mich daher mit einem starken Anliegen W.A. Jöhrs, mit dem ich mich voll identifiziere, enden:

„Für Wissenschaften, wie die Medizin und die Nationalökonomie, steht aber nicht das Ziel der Erkenntnis um der Erkenntnis willen im Vordergrund. Für die Medizin ist es die Aufgabe der Heilung des kranken Menschen, für die Nationalökonomie die Aufgabe der Lösung der mannigfaltigen wirtschaftspolitischen Probleme, von der Inflationsbekämpfung bis zur Umwelterhaltung, von der Gewährleistung einer hohen Beschäftigung bis zur Berücksichtigung des Mahnrufes ‚Qualität des Lebens‘. Sowohl im Falle der Medizin wie in dem der Nationalökonomie ist die Aufgabe der Wissenschaft durch Werte bestimmt. Die Werte sind somit für die genannten Disziplinen im eigentlichen Sinne konstitutiv.“¹³

* * *

Ich danke unserer Hochschule, dem ganzen Professorenkollegium, dem Rektorat und dem Hochschulrat, dass sie mir mit grosser Toleranz ermöglichten, meine Ideen weiterzuentwickeln und zu verbreiten. Nie werden neue und ungewohnte Gedanken von Wissenschaftlern sofort von Anfang an die Zustimmung aller Fachkollegen finden können. Aber die Stärke einer Demokratie besteht eben darin, dass auch ungewohnte und systemkritische Gedanken Einzelner oder kleiner Minoritäten öffentlich ausgedrückt und verbreitet werden können. Es waren diese demokratischen Bedingungen, die mich einst angezogen und in die Schweiz geführt haben und die es mir möglich machten, auch nach meiner Vertreibung aus der CSSR in meinen Forschungen und Bemühungen um eine humane Wirtschaftsentwicklung fortzufahren.

Nocheinmal meinen innigsten Dank, auch an die Studentenschaft, für all Ihre Aufmerksamkeit während der vergangenen Jahre. Für Ihre heutige Aufmerksamkeit, verehrtes Auditorium, während meines Vortrages, mit dem ich mich offiziell verabschiede, bedanke ich mich herzlich!

¹³W.A. Jöhr, Lebensqualität und Werturteilsstreit, Zürich 1974, S. 28.